

Erscheint täglich
früh 6¹/₂ Uhr.

Redaktion und Expedition
Sprechstunde 23.
Sprechstunden der Redaktion:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Abgabe einzelner Blätter sind 20
für die Abgabe einzelner Blätter sind 20
für die Abgabe einzelner Blätter sind 20

Annahme der für die nächstfolgende
Nummer bestimmten Umlaufzeit zu
Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittag,
an Sonn- und Feiertagen früh bis 1¹/₂ Uhr.

Zu den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Niemeyer, Universitätsstraße 21,
Paul Löde, Katherinenstraße 18, v.
nur bis 1¹/₂ Uhr.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

N° 316.

Sonnabend den 12. November 1881.

75. Jahrgang.

Jur gefälligen Beichtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 13. November,
Vormittags nur bis 1¹/₂ Uhr
geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 26. Stift des diesjährigen Stadttagesschreibens ist bei uns eingegangen und wird bis zum 30. dieses Monats auf dem Rathauszaule zur Einsichtnahme öffentlich ausliegen. Dasselbe enthält:

Nr. 1450. Bekanntmachung, betreffend die Einberufung des Reichstags. Bonn 4. November 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stolz.

Bekanntmachung.

die Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die

Bereinigte Freischule betreffend.

Dieselben Eltern, welche für ältere 1882 um Aufnahme ihrer Kinder in die Freischule bei uns nachzufragen gekommen sind, haben ihre Schule von jetzt an bis spätestens den 10. dieses Monats am dem Rathause im 2. Schulpräsidium, 2. Etage, Zimmer Nr. 8, Nachmittags von 2 bis 6 Uhr persönlich anzutreten und der ihnen vorliegenden Fragen vollständig und der Wahrheit gemäß zu beantworten, auch gleichzeitig das Urteil über das Alter des anzumeldenden Kindes vorzutragen.

Leipzig, am 5. November 1881.

Der Schul-Ausschuss der Stadt Leipzig.
Dr. Panig. Lehmann.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Vocalitäten der sogen. großen
Rathsschule bleibt dieselbe Montag, den 14. dieses
Monats geschlossen.

Leipzig, am 9. November 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Sitzung des ärztlichen Bezirks- Vereins der Stadt Leipzig

Dienstag, den 15. November, Abends 6 Uhr im Saale der
Ersten Bürgerschule.

Tagesordnung: Bericht des Ausschusses für Standes-
angelegenheiten; 1) Antrag des Centralausschusses der Ber-
liner Bezirkvereine betr. den Beitritt zu einer von ihm an den
Bezirksausschuss gegen das Selbstbestimmungsrecht der Handelsmänner ge-
richteten Petition (Aerzt). Verordnungsblatt No. 110, Seite 118).

2) Die vom Hrn. Generalrat Dr. Hoffmann in Karlsruhe aus-
gearbeitete und vom Geschäftsausschusse des deutschen Ärzte-
vereinsverbands zur Beratung gestellte deutsche Aerzteordnung
(Aerzt. Verordnungsblatt Oester. 1881, No. 114, Seite 220). — Die
Mitglieder werden ersucht, die betr. Nummern des Verordnungs-Blattes
zur Sitzung mitzubringen.

Dr. Pless.

Nichtamtlicher Theil.

Der Ausgang der Leipziger Wahl.

• Mit dem wohlbekannten Geschehniß inmitten patriotischer
Feierstimmung begriessen wir das Ergebnis der am Donnerstag
hier abgehaltenen Stichwahl. Es ist erreicht worden, daß
jeder Arzt Leipzig münzen könnte, es ist gelungen, wiewohl
von allen Wahlgegnern mit Energie gefreit worden war:
unsere Stadt ist dem traurigen Los, durch einen Führer
der Umsturzpartei sich im Reichstage vertreten zu seien, glück-
lich entgangen, und als unter Abgesuchter wird in dem
Parlamente deutscher Nation ein Mann sitzen, der zu den
angeführten und geschätzten Parlamentaristen desselben gehört
und die Bedeutung und das Ansehen, dessen Leipzig gewisst
in würdigster Weise zu repräsentieren im Stande und willens ist.

Insbesondere aber fordert das Ergebnis der Stichwahl noch
mehr als einer Würdigung hin zu den eindrücklichen Erwähnungen
an. Die Hoffnung, welche wir auf Leipziger Wählervorheit zu
setzen und berechtigt glaubten, ist doch nicht vollständig in
Erklärung gegangen, die Mehrheit der Stimmen, welche den
Kandidaten der Demokratischen Partei zugeschlagen, ist bei Weitem
nicht so groß, daß sie als ein unpassantes Zeugnis für die
Gefüllungen und Beschränkungen unserer Ordnungsparteien an-
gesehen werden könnte, und die Stimmen, welche bei der ersten
Wahl den Kandidaten des Umsturzpartei zugeschlagen waren,
haben bei der Stichwahl eine Vermeidung erhalten, welche
zu ganz eigenhümlichen Betrachtungen Anlaß bietet. Auch
der Eifer der Bevölkerung an der Wahl hätte wohl noch viel
bedeutender und umfangsreicher sein können, wie er bei der nun
einmal gegebenen Lage der Dinge wünschenswert und not-
wendig erschienen mußte. Eine einzige Zusammenstellung
untrüglicher Zahlen wird das eben Gesagte gewiß ausreichend
bestätigen.

Bei der Wahl am 27. Oktober waren von den Wählern
unseres 12. Wahlkreises abgegeben worden:

5894 Stimmen für Dr. Stephan,
4746 " " Dr. Weibel,
1720 " " Prof. Wirsching,
6482 " " Dr. Drechsler Hebel,

21.842 Stimmen in Summa.

Bei der Stichwahl am 10. November erhielten

11.963 Stimmen Dr. Stephan,
9521 " " Dr. Drechsler Hebel,

21.884 Stimmen in Summa.

Es erhebt daraus, daß bei der Stichwahl (wenn man
einige ungünstige Zettel mit in Berechnung zieht) etwa

anderthalb Hundert Stimmen weniger abgegeben
werden sind, als dies bei der ersten Wahl der Fall war.
Diese Wahrnehmung ist an sich schon eine leidenschaftliche.

Bei der ersten Wahl fielen 6486 Stimmen auf zwei Can-
didaten, welche bei der Stichwahl nicht mehr in Betracht
kommen konnten. Diese Kandidaten waren von zwei
Fraktionen der Ordnungspartei umgestellt worden, und es hätte nun doch wohl gehofft und erwartet werden
können, daß alle die Wähler, welche jene Stimmen in die
Uhr geworfen, ohne jegliches Bedenken bei der Stichwahl
für den Vertreter der Ordnungspartei und gegen den Can-
didaten der revolutionären Umsturzpartei sich erklären wür-
den. Dies ist aber nicht geschehen, denn von den mehr als

6000 Stimmen fielen 3339 dem Sozialdemokraten zu, wäh-
rend Dr. Stephan nur eines Zusatzes von 2659 Stimmen
sich rühmen darf. Ist das nicht eine höchst betrübende Er-
scheinung? Würde man nicht erreichen, wenn man
Stimme eines großen Theils unserer Wähler, wenn man
solche Verhältnisse zu registrieren hat?

Sagen wir es nur offen heraus: dieser Erscheinung liegen
unzählige Verhältnisse zu Grunde. Es ist doch mit
aller Zuversicht zu behaupten, daß seit dem 27. October nicht
mehr 3000 Sozialdemokraten nicht gleichsam über Nacht aus
dem Boden gewachsen sind; es darf auch auf Grund vieler
Erklärungen ebenso zuverlässig angenommen werden,
daß die Sozialdemokraten gleich bei der ersten Wahl alle
ihre Kämpfer bis auf den letzten Mann zur Urne geführt
und alle am 10. November nicht mehr über Referenz zu ver-
fügen hatten; wobei also jener gewaltige Ansturm der Stim-
men zu Gunsten des Sozialdemokraten zu vernehmen ist.

Wie steht Bismarck? Wieder mit den Conservativen, noch
mit den Centraalisten, noch mit den Liberalen zufrieden;
der Kanzler groß und will die Würde angeblich ins Fern
treiben, um einem andern Gelegenheit zu geben, Herr der
Zukunft zu werden, während das aufgeworfen oder wenigstens
verhoffte ist, daß der Kanzler schnell und baldig die
Bürokratie überwindet, die sich vorzugsweise der Widerspruch der liberalen
Wähler gewendet hat; insbesondere das Hallensertheil der sog.
sozialdemokratischen Freude, mit denen der Reichstag an
die Arbeitfrage herantrete wollte, und das Tabak-
monopol.

Der Reichstag wird um so mehr auf diese Lieblings-
pläne verzichten müssen, als dieselben auch bei den Centraal-
isten eine ganz unzureichende Durchsetzung gefunden haben
und nicht bei den Conservativen, die nur die Regierung
klub gegebene Politik dafür erklären. Gegen die Zoll-
und Gewerbeabgabe des Jahres 1879 wird in der nächsten
Zeit auch der entschiedenste Liberalismus nicht Sturm
laufen wollen; und wenn er es sollte, so würde er sich als
zu schwach erweisen und sich selbst in weiteren Freiheiten der
Wähler, die jetzt trotz der Gegnerschaft in Zollfragen oppo-
sitionell-liberal gekommen haben, empfindlichen Schaden
zufügen.

Wie meinen, es ist gar nicht möglich, daß alles, was seit
drei Jahren auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Gesetzgebung
geschehen ist, zurückgenommen wird, um eine Wiederau-
staltung des Reichstags an den Liberalen
und aus einer vorsichtigeren Richtung zu ermöglichen.
Was ist nur der Bericht auf genüge Übertriebungen und
Möglichkeiten, die sich im Vergleich an und für sich berechtigter
Beschuldigungen in die Würde des Kanzlers eingeschlichen
haben und eine Wohlwollkommenheit des Staates im wirt-
schaftlichen und sozialen Leben zur Folge haben würden,
gegen die auch Gegen des sogen. „Handelskampfes“ die schwer-
sten und unüberwindlichen Bedenken haben. Gegen die Über-
triebungen und Aufwänden des neuesten wirtschaftlichen-sozialen
Systems gilt mehr als gegen diesen Kanzler, gegen die drohenden
Zahnschläge viel mehr als gegen das bereits gefestigte Gesetz,
welches sich in den Wahlen zum Ausdruck gekommene
Widerstand, wie auch die Agitation der oppositionellen Parteien
aus den ersten drei Jahren nicht aus dem letzten wehrhaften
Waffen gewann. Der Liberalismus auch der in Frieden und
Frieden gewidmet ist, ist eine ungeheure Macht, die sich aus
einer einzigen Wahlperiode zu bereichern, dann wird
jene unfehlige Perspektive, welche im Grunde aus dem
Charakter und dem Ausgang des letzten Stimmenganges schul-
det, bestens und klarlich gebündelt und Verdünnen den
Blau geräumt, dann wird Leipzig in zuverlässiger Weise
sich „wiederzufinden“ haben. Die Wünsche aller wahren
Freunde unserer Stadt werden sich gewiß den unerfülligen
Anträgen entgegenstellen.

Leipzig, 12. November.

Die österreichische Regierungskunst vermag von je-
her, wenn es sich darum handelt, fremde Wählergruppen dem
Staatsorganismus ohne „Schmerzensfrei“ einzufügen. Wie
ganz anders Preußen, welches mit vollendeter Meisterschaft
den Grundsatz der Staatsheit zur Geltung bringt, wenn
neue Provinzen dem Staate angegliedert werden.

Die Occupirung Bosniens durch Österreich
ist unumstößlich klar beheimatet, daß es leichter ist,
eine Provinz zu erobern als sie zu verhindern. Die öster-
reichischen haben sich, wie man oftensetzt auch eingestellt, bisher die
Bereitung und das Beträumen der österreichischen Bevölkerung
leidenschaftlich zu erwerben gewußt, im Gegenteil identifizie-
die Abneigung noch die alte zu sein. Auch hat man nichts von
durchgreifenden Reformen in jeder vielfältigsten Richtung
bemüht und auch die „Colonisation“ durch Deutsche, von
der man soviel Glück hatte, daß auf die Verhinderung des
Landes wenig eingesetzt. Am wenigsten aber liegt in der sel-
fame Widerspruch in der staatlichen Stellung Bosniens
seiner Lösung näher gekommen.

Bosniens ist allerdings von den Österreichern besetzt;
aber in der Convention vom April 1879 ist ausdrücklich an-
erkannt, daß der Sultan der Souverän des Landes ist.
Die geistige Art, mit welcher die Österreicher die Wirkung
dieser Convention hintertrieben wollten, verdient weiter be-
achtet zu werden; man verbietet den Adressen der Convention
in den bosniischen Märkten. Dieselbe wird natürlich durch
die in Bosniens sehr verbreitete österreichische Presse an die Öffentlichkeit
gebracht und mit Grauen haben die Bosniaken, daß sie nun
einen Krieg zwischen Österreich und der Würde schließen,
und einen in Konstantinopel. Wenn nun einmal ein
Krieg zwischen Österreich und der Würde ausge-
bricht, dann würde der Widerstand einer solchen staatsrechtlichen
Position zu sehr außer Atem werden. Die bosniischen
Muhammedaner haben so schon öfter öffentlich angekündigt, daß
sie in einem solchen Fall gegen den Sultan, als den obersten
Herrn über Bosniensgenossenschaft, nicht kämpfen würden.
Um aber haben die Österreicher ganz plausibel eine Weise
gezeigt, die gegen das Ergebnis zu verhindern scheint, und
die ziemlich einfach ist. Sie haben die Würde gegen den Sultan
zu verhindern, und wenn sie nicht gelingen, so wird sie
die Würde gegen den Sultan zu verhindern, und wenn sie
nicht gelingen, so wird sie die Würde gegen den Sultan zu verhindern.

Für jede wahrhaft nationale Frage ist auch
heute noch eine Mehrheit im Reichstag vorhanden;
aber das Centrum wird sie nicht liefern, sondern der hat-
tungslosigkeit auf die eigene Seite auf.

Nicht nur die österreichische Presse zeigt
in gegenüberliegender Seite auf, daß die Würde
gegen den Sultan zu verhindern ist, sondern auch
die Würde gegen den Sultan zu verhindern ist, und wenn sie
nicht gelingen, so wird sie die Würde gegen den Sultan zu verhindern.

Neben die Eröffnung des Reichstags sind, wie offiziell
geklärt wird, noch keine festen Verhältnisse getroffen,
unter die Möglichkeiten, welche dabei in Betracht kommen,
gehört vor Atem auch die Möglichkeit der Eröffnung
durch den Kaiser in Person, um so mehr, als es sich
um die Eröffnung bei Beginn einer neuen Legislaturperiode
handelt. Auch wird es sehr wahrscheinlich von dem Reichstag
gegen die Wahl haben, durchsetzen und unbrauchbare Ver-
hältnisse zur Haltung verschiedener Lebendiger lebendiger
Bedeutung, oder die Rolle der Opposition aufzugeben. In einem
solchen Falle würde das bestrebt sein, vor dem 27. October in einer
im gewissen Moment eine neue Entscheidung zu geben haben.

Die liberale wie die katholische Presse stehen eins in dem
Gedanken, daß der Kanzler sei in Folge der Wahlen vom
27. October in einem Ungnade befindet, aus dem ihm nur die
Hand des Centrums führen könne. Die liberale Presse aber
will dem Kanzler die Würde gegen den Sultan zu verhindern
und die Würde gegen den Sultan zu verhindern, und wenn sie
nicht gelingen, so wird sie die Würde gegen den Sultan zu verhindern.

Die liberale wie die katholische Presse stehen eins in dem
Gedanken, daß der Kanzler sei in Folge der Wahlen vom
27. October in einem Ungnade befindet, aus dem ihm nur die
Hand des Centrums führen könne. Die liberale Presse aber
will dem Kanzler die Würde gegen den Sultan zu verhindern
und die Würde gegen den Sultan zu verhindern, und wenn sie
nicht gelingen, so wird sie die Würde gegen den Sultan zu verhindern.

Die liberale wie die katholische Presse stehen eins in dem
Gedanken, daß der Kanzler sei in Folge der Wahlen vom
27. October in einem Ungnade befindet, aus dem ihm nur die
Hand des Centrums führen könne. Die liberale Presse aber
will dem Kanzler die Würde gegen den Sultan zu verhindern
und die Würde gegen den Sultan zu verhindern, und wenn sie
nicht gelingen, so wird sie die Würde gegen den Sultan zu verhindern.

Die liberale wie die katholische Presse stehen eins in dem
Gedanken, daß der Kanzler sei in Folge der Wahlen vom
27. October in einem Ungnade befindet, aus dem ihm nur die
Hand des Centrums führen könne. Die liberale Presse aber
will dem Kanzler die Würde gegen den Sultan zu verhindern
und die Würde gegen den Sultan zu verhindern, und wenn sie
nicht gelingen, so wird sie die Würde gegen den Sultan zu verhindern.

Die liberale wie die katholische Presse stehen eins in dem
Gedanken, daß der Kanzler sei in Folge der Wahlen vom
27. October in einem Ungnade befindet, aus dem ihm nur die
Hand des Centrums führen könne. Die liberale Presse aber
will dem Kanzler die Würde gegen den Sultan zu verhindern
und die Würde gegen den Sultan zu verhindern, und wenn sie
nicht gelingen, so wird sie die Würde gegen den Sultan zu verhindern.

Ruhe erzeugen; aber der serbische Theil der Bevölkerung Bosniens
dürfte gerade diese Gelegenheit benutzen, um seine Unabhängigkeit
an den Tag zu legen und wenn auch die Regierung der
Werte öffentlich den Bosniaken anempfehlen sollte, dem Kaiser
von Österreich Bosnien zu leisten, so ist es immer noch sehr
fraglich, ob die unzufriedene Bevölkerung von Bosniens
doch durch geheime Agitationen um so mehr gegen Österreich
aufsteigt.

Bestimmt allgemein bestrebt man Bosphorus, es möge end-
lich Einführung der Wehrpflicht für eine Erhebung ent-
wickeln, einer jener Guerrillakriege, mit denen die slawischen
Söldner so schnell bei den Hand sind. Wir zweifeln nicht
daran, daß die Österreichischen Bosniaken schnell pacifiziert werden; allein
trocken wäre dann doch der Zweck gelöst, daß sie gewinnen
würden, wenn man eine solche Provinz ohne „Schmerzensfrei“ nicht
gewinnen kann.

Herr Bismarck ist wieder mit den Conservativen, noch mit den
Centraalisten, noch mit den Liberalen zufrieden;

Bestimmt allgemein bestrebt man Bosphorus, es möge end-
lich Einführung der Wehrpflicht für eine Erhebung ent-
wickeln, einer jener Guerrillakriege, mit denen die slawischen
Söldner so schnell bei den Hand sind. Wir zweifeln nicht
daran, daß die Österreichischen Bosniaken schnell pacifiziert werden; allein
trocken wäre dann doch der Zweck gelöst, daß sie gewinnen
würden, wenn man eine solche Provinz ohne „Schmerzensfrei“ nicht
gewinnen kann.

Herr Bismarck ist wieder mit den Conservativen, noch mit den
Centraalisten, noch mit den Liberalen zufrieden;

Bestimmt allgemein bestrebt man Bosphorus, es möge end-
lich Einführung der Wehrpflicht für eine Erhebung ent-
wickeln, einer jener Guerrillakriege, mit denen die slawischen
Söldner so schnell bei den Hand sind. Wir zweifeln nicht
daran, daß die Österreichischen Bosniaken